V-6 Parlamente nicht den Rechten überlassen!

Antragsteller*in: Maximilian Meier; Bernhard Schüßler; Sophia Viktoria Kirsch; Jonas Turber; Anna Gmeiner; Sina Köstler; Lilli Grosch; Joachim Weiss; Alexander Gleichauf; Hans Cahn; Lukas Spanier

Tagesordnungspunkt: V Verschiedene Anträge

Status: Zurückgezogen

Antragstext

Die politischen Herausforderungen unserer Zeit sind riesig. Als linker Jugendverband stehen wir vor einer Situation, in der immer mehr Krisen politische Fragen aufwerfen, die eigentlich immer mehr linke Antworten erfordern – zugleich sehen wir aber, dass immer mehr Menschen an der Wahlurne immer mehr rechte Antworten suchen. Das hat zur Folge, dass sich immer mehr Rechte in immer mehr Parlamenten einnisten. Beflügelt davon, greifen Rechte immer mehr nach den Schalthebeln der Macht – und werden damit immer mehr zur Bedrohung für zahlreiche Menschen. Als GRÜNE JUGEND dürfen und werden wir dabei nicht zusehen! Wir müssen das „Immer Mehr“ endlich beenden und zurückdrängen!

Die politische Wetterlage hat sich nach 2022 stark gedreht. Und wenn ein Sturm aufzieht, muss man auch bereit sein, den Kurs anzupassen – sonst gerät man in Seenot. Die GRÜNE JUGEND muss die politische Wetterlage ernst nehmen und sich verbandsstrategisch das Ziel setzen, wieder stärker in die Räte und Parlamente hineinzuwirken und dort unseren Einfluss zu nutzen. Das ist besonders wichtig, weil sich die grünen Realos immer mehr von der rechten Strömung mitreißen lassen. Gerade in diesen Zeiten dürfen wir unsere linken Parteifreund*innen nicht allein im Regen stehen lassen. Wir müssen an ihrer Seite stehen.

Denn wo Linke fehlen, machen sich Rechte breit. Wir dürfen Parlamente nicht den Rechten überlassen, sonst sind wir am Ende selbst verlassen. Überlassen wir den Rechten die Hebel der Macht, werden diese keine Sekunde zögern, die Uhren zurückzudrehen, mühsam erkämpfte Erfolge progressiver Politik zunichtezumachen und unsere Demokratie nach und nach auszuhöhlen. Besonders wenn Rechte überall laut werden, müssen wir als GRÜNE JUGEND dagegenhalten! In allen Gremien und auf allen Ebenen, auf der Straße wie in Räten und Parlamenten – unsere Stimme wird auch dort gebraucht, wo wir in der Minderheit sind, um die linke Zivilgesellschaft zu stärken.

Um Missverständnisse zu vermeiden: Natürlich ist es völlig richtig, dass die GRÜNE JUGEND ihrem Selbstverständnis zufolge einen Schwerpunkt auf die Zivilgesellschaft, das Organisieren von außerparlamentarischen Bündnissen und Mehrheiten innerhalb der Gesellschaft legt. Der Kampf um Hegemonie innerhalb gesellschaftlicher Diskurse ist von entscheidender Bedeutung für langfristige Veränderungen in eine linke Richtung. Deshalb ist es wichtig, dass wir mit eigenen Kampagnen auch jenseits von Wahlen einen langfristigen linken Machtaufbau betreiben, um linke Mehrheiten in der Gesellschaft zu organisieren.

Die GRÜNE JUGEND darf hierbei allerdings nicht stehen bleiben – schon gar nicht in dieser politischen Wetterlage. Wir wissen, dass wir unsere demokratischen Institutionen im Blick behalten müssen, um unsere Ziele zu erreichen. In Demokratien organisieren wir durch freie und faire Wahlen den Zugang zu politischer Gestaltungsmacht. Den Fokus hiervon abzuwenden und damit die demokratische Entscheidungsgewalt den Rechten zu überlassen, kann keine erfolgsversprechende Strategie im Kampf gegen Rechts sein. Das ist darüber hinaus auch nicht im Interesse unserer linken Inhalte, die wir in den Räten und Parlamenten, aber auch in der Partei umsetzen wollen.

Es ist nicht egal, wer in Parlamenten oder Regierungen sitzt. Wenn im Brandenburger Landtag wirklich jede wichtige Verfassungsänderung von Rechtsextremen blockiert werden kann, nur weil eine einzige Stimme fehlt, ist es nicht egal, wie viele grüne und linke Abgeordnete dort sitzen. Gerechte Politik braucht neben Druck von der Straße auch Abgeordnete, die diesen Druck in Parlamente tragen und Mehrheiten schaffen. Es macht einen Unterschied, wer dort sitzt. Einen noch deutlicheren Unterschied macht es auch bei den kommenden Bundestagswahlen. Wir dürfen nicht zulassen, dass im Bundestag bald über 20 % Nazis sitzen. Wir müssen dagegenhalten! Jeder Nazi im Parlament ist einer zu viel!

Wir als GRÜNE JUGEND sind es progressiver Politik, vor allem aber den von rechter Politik bedrohten Menschen schuldig, Wahlen, Parlamente und Regierungen nicht den Rechten zu überlassen. Deshalb bekennen wir uns als GRÜNE JUGEND zu einer Verbandsstrategie, die (1) den Spagat zwischen Straße und Parlament meistert, die sich sowohl mit eigenen Kampagnen und Protesten auf der Straße als auch an zukünftigen Wahlkämpfen auf wieder beteiligt; (2) die stärker den konstruktiven Diskurs mit der Mutterpartei sucht, um einerseits eine produktive Zusammenarbeit zu schaffen und andererseits sich weiterhin als linkes Korrektiv innerparteilich einzumischen; (3) und die diese Haltung in ihren Bildungsveranstaltungen vermittelt. Radikal in der Analyse, pragmatisch in der Strategie!

Begründung

Erfolgt im Antragstext und mündlich.